

# JULIMAGAZIN

Ausgabe 04/2022



**Was ist eigentlich noch sicher?**

**Sicherheitspolitik in Estland**

**Wandel durch Handel?**

**Was Umweltschutz & Sicherheitspolitik  
miteinander zu tun haben**

# INHALT

1. Wandel durch Handel
2. Aktuelle Stunde  
Deutschland
3. Sicherheit in Estland
4. Konflikte in der  
Sahelzone
5. Der Ukraine-Krieg
6. Cybersicherheit
7. Sicherheit und  
Umweltschutz

## CHEFREDAKTION



Torben Hundsdörfer



Sina Behrend

Hallo ihr Lieben,

Was ist Sicherheit? Vielleicht nicht auf den ersten Blick ein liberales Kernthema, aber aus dem politischen Alltag definitiv nicht wegzudenken. Das Thema bewegt Menschen. Wir zeigen aus verschiedensten Perspektiven, warum es auch für uns Liberale wichtig ist. Besonders freuen wir uns über die Gastbeiträge von Makar und Chris!

An dieser Stelle noch etwas in eigener Sache: Wir freuen uns über Feedback zu unserem Magazin, über Themenwünsche und natürlich auch immer über neue Autorinnen und Autoren. Schreibt dazu gerne an [julimagazin@julis-nrw.de](mailto:julimagazin@julis-nrw.de) oder auf Instagram an [@thundsdoerfer](https://www.instagram.com/thundsdoerfer) oder [@anisbuntewelt](https://www.instagram.com/anisbuntewelt).

Alles Gute!  
Sina und Torben

*Sina & Torben*

# HARTE SCHALE, WEICHER KERN

Die Demokratie ist angreifbar, und mit ihr alles, was uns ausmacht. Das zeigen zahlreiche Beispiele der jüngeren Geschichte, und doch ist wohl keine Gefahr unserer Generation so präsent wie jene, die der russische Überfall auf die Ukraine seit über einem halben Jahr täglich heraufbeschwört. In den Prinzipien und Strukturen, die zur liberalen Demokratie gehören – Menschenrechte, freie Wahlen, Rechtsstaatlichkeit und viele mehr –, haben Milliarden Menschen rund um den Globus eine nicht nur politische Heimat gefunden. Diese Heimat zu schützen und zu verteidigen ist losgelöst von Fragen der Staatsgrenzen und Nationalitäten nicht nur Ehrensache, sondern eine klar definierte Aufgabe und die erste Pflicht derjenigen, die sich zum Dienst als Mandatsträger berufen fühlen. Jene Erkenntnis und damit der Stellenwert der Verteidigungspolitik finden langsam, aber sicher ihren Weg zurück in die ersten Ränge politischer Prioritäten. Es zählt zu den makabren Wahrheiten unserer Gesellschaft, dass die Ukraine so viel Leid erfahren muss, damit die deutsche Politik und Öffentlichkeit aus ihrem sicherheitspolitischen Schlaf erwachen, dennoch ist wichtiger als die Schuldfrage an diesem Punkt, wie das Design deutscher und europäischer Ver-

teidigung aussehen muss, um auf die sicherheitspolitischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts reagieren zu können. Und es braucht eine selbstkritische und schonungslose Analyse unseres Selbstbildes, unserer bisherigen strategischen Ausrichtung sowie unseres Verständnisses, was die Bundeswehr leisten kann und soll. Welche Maßnahmen sind erforderlich, um nicht nur die Ukraine in ihrem Verteidigungskampf zu unterstützen, sondern uns so gut auf die nächstmögliche Auseinandersetzung vorzubereiten, dass wir sie verhindern und im Zweifelsfall gewinnen können?

**An dieser Stelle schlucken die ersten Leserinnen und Leser eines liberalen Magazins.**

Die nächste Auseinandersetzung? Muss die denn kommen? Können wir die nicht umgehen, aussitzen, verhindern durch kluge Politik wie die des „Wandels durch Handel“? So verständlich dieser Wunsch ist, bleibt es vorerst ein illusorischer Traum, dass Europa sich nicht darauf vorbereiten muss, einen militärischen Konflikt auszutragen. Soldatinnen und Soldaten sind dabei oft die Letzten, die die Hoffnung auf eine friedliche Lösung aufgeben, denn sie müssen die Schlacht immerhin

höchstselbst schlagen. Doch die an furchtbaren Beispielen so schamlos reiche Geschichte zeigt leider, dass nicht immer zwei zu einem Streit gehören. Totalitarismus und Expansionsgelüste suchen und finden ihre Opfer und zielen dabei im In- und Ausland nicht selten auf den Kern dessen, was auch den politischen Liberalismus ausmacht. Je wichtiger uns gesellschaftlicher Fortschritt, sozialer Ausgleich, Individualismus und Pluralismus sind, je weicher unsere Gesellschaft also ist, desto härter muss unsere Schale sein. Egal, wie gut wir es meinen, wir können uns – nachdem wir alles andere probiert haben! – nicht immer aussuchen, ob wir kämpfen müssen. Für diesen Fall müssen wir vorsorgen. **Das ist Regel Nummer eins.**

Wie intensiv und auf welche Weise vorzusorgen ist, das hängt von einer Menge Faktoren ab. Was kann unser Land finanziell leisten, welchen Prinzipien folgen wir, welche Fähigkeiten und Absichten hat der Widersacher? Beschäftigt man sich mit diesen und vielen weiteren Fragen, ist es erforderlich, einen klaren Kopf zu behalten und sich von sich aufdrängenden Vergleichen und gewohnten Mustern zu trennen, falls sie nicht mehr der

Realität entsprechen. Gleichzeitig sind die verteidigungspolitischen Fragen, die sich Parteien und Politiker stellen müssen, häufig viel banaler, als man annehmen könnte. Was auf den ersten Blick wie ein zweitrangiges Detail wirkt, ist nicht nur logisch, sondern von vorrangiger Bedeutung.

### **Geografie, Wetter, Infrastruktur und Logistik im Operationsgebiet beispielsweise entscheiden über unzählige Menschenleben.**

Abgesehen selbstverständlich von Fällen enormer zahlenmäßiger Unterschiede bei der Anzahl und Modernität von Waffensystemen, die ein Land auf seiner Wikipedia-Seite auflisten kann, sind diese Größenvergleiche häufig frappierend unbedeutend. Es ist absolut erforderlich, die verteidigungspolitischen Überlegungen von ihrem Bestimmungsort aus anzustellen, beim Denken und Planen also in der militärischen Realität zu beginnen und die Regierungspolitik dann so auszurichten, dass sie zu den Befehlen passt, die Bataillonskommandeure und Kompaniechefinnen wahrscheinlich werden geben müssen. **Das soll unsere zweite wichtige Regel sein.**

Konkret heißt das zum Beispiel, dass die Frage, ob unsere Bundeswehr nun über 400 oder 450 Kampfpanzer eines bestimmten Typs verfügt, sekundär ist, wenn unser Land aus maroden Brücken besteht oder aber modernen, sanierten Brücken, die aus den verschiedensten Gründen nicht das Gewicht eines Kampfpanzers tragen können. Selbiges gilt für pflegebedürftige Bahngleise, veraltete Stellwerke oder einen Mangel an ausreichend langen Start- und Landebahnen. Auch die Frage der Vorhaltung von Munition, Akkus und Treibstoffreserven ist von entscheidender Bedeutung, ebenso wie die Geschwindigkeit, in der sich der Zivilschutz aktivieren oder Reservisten einberufen lassen.

Eine wichtige Erkenntnis aus der Gesamtanalyse muss lauten: Es ist nicht mehr wie im Kalten Krieg. Obwohl die Fraktionen die alten zu sein scheinen („West versus Ost“, „NATO versus Kreml“), zeichnet die militärische Realität in der Praxis in weiten Teilen ein anderes Bild. Die Bundesrepublik ist anders als in den 1980er-Jahren nicht mehr der Frontstaat in einem möglichen Krieg, sondern vor allem eine Dreh-

scheibe für Material und Personal unserer Bundeswehr und unserer Verbündeten. Es kann gar nicht genug betont werden, wie wichtig es für die Vorbereitung auf eine mögliche Verteidigung ist, diese neue Rolle anzunehmen.

Neben dem militärischen hätte dies selbstverständlich auch einen zivilen Nutzen, den einige begrüßen werden. Muss unser Land nicht ohnehin investieren in mehr und vor allem modernere Bahngleise und Bahnanlagen, in tragfähige Brücken und in Energiereserven? Es sind dieselben Schienen, über die junge Europäer mit dem Inter-rail-Ticket fahren, die auch den französischen und niederländischen Einheiten eine schnelle Verlegung nach Osteuropa ermöglichen, sollte es erforderlich sein. Fehlen nicht ohnehin zahlreiche kräftige Hände und gescheite Köpfe in unseren Handwerksbetrieben? Über die erfolgreiche Verteidigung der liberalen Demokratie entscheiden am Ende vielleicht weniger die jungen Menschen, die schießen können, als diejenigen, die schweißen können. Die NATO und die EU können so viele Logistik-Kommandos in Deutschland eröffnen, wie sie wollen: Dass Panzer am Ende tatsächlich über die Leverkusener Brücke fahren können, kann nur die deutsche Politik sicherstellen. Es ist begrüßenswert, überfällig und sogar eine Erleichterung, dass die Bundesregierung und das Parlament den Weg für das „Sondervermögen“ frei gemacht haben. Nun müssen rasche Entscheidungen folgen, wie die Verwendung dieser und zukünftiger Mittel so erfolgen kann, dass die Sicherheit Europas effektiv verteidigt werden kann. Im Falle des Sondervermögens nicht zuletzt bevor die Inflation es vollständig aufgefressen hat. So verlockend es für alle engagierten Freunde der Bundeswehr auch sein mag, wäre es töricht, Zeit und Geld für Gigantomanien zu verschwenden. Zehntausende Wehrpflichtige, deutsche Flugzeugträger und selbst eine nennenswerte Vergrößerung unserer Flottillen oder Fliegerstaffeln schaffen womöglich neue Probleme und stellen unsere Streitkräfte auf wacklige Füße. Der Schließung von bedenklichen Fähigkeitslücken, dem qualitativen Ansatz also, sollte ein klarer Vorrang vor quantitativen Überlegungen eingeräumt werden.



# 01

Eine ähnliche Überlegung ist auch im Hinblick auf die Unterstützung der Ukraine anzustellen. Deutschland kann und muss seine Waffensystem-Lieferungen ausbauen und diversifizieren. Damit diese Strategie gelingt, sollte Berlin seinen Blick weiten. Die Koalition, die sich innenpolitisch auf das Schnüren von „Paketen“ versteht, muss im Kopf behalten, dass jedes gelieferte Gerät auch über eine Dauer von vielen Monaten mit Unmengen an Munition, Treibstoff und Ersatzteilen versorgt werden und diese Form der Unterstützung Kyiv auch zugesagt werden muss. Denn ohne dieses „Paket“ ist selbst der beste Kampfpanzer nur ein sehr hässliches Auto. Die Bundestagsparteien wären gut beraten, die Bestände der Bundeswehr zu füllen und jene der ukrainischen Armee zumindest nicht austrocknen zu lassen – ein großer Teil der Verteidigungsausgaben sollte jetzt und in den nächsten Jahren in diese glanzlose, aber wichtige Maßnahme fließen.

Wenn das liberale und demokratische Deutschland, seinen Werten verpflichtet, dem Militarismus ebenso wie dem Pazifismus eine Absage erteilt und sich statt Ideologien für einen wachsam und realitätsnahen Blick entscheidet, wird dies ein guter Tag für den Frieden in Europa sein. Gestatten wir uns bei der Verteidigung der Freiheit weder zu träumen noch vor Angst zu erstarren. Dafür werden wir etwas historisch Einmaliges leisten: Denn es ist an der jungen politischen Generation, die Stimme zu erheben und dabei gleichzeitig eine Stimme der Vernunft zu sein.



Chris Becker, geboren und aufgewachsen in der Nähe der Ramstein Air Base, hat an der Bundeswehr-Universität München studiert und diente von 2020 bis 2022 im Bundesministerium der Verteidigung (Berlin). Neben aktiven Mitgliedschaften in karitativen und außenpolitischen Organisationen hält er gelegentlich Vorträge zur Sicherheitspolitik und verfasst Beiträge zum Thema. Er lebt in München und ist Mitglied der Bayern-FDP.



# DIE „GROSSE KRISE“

**Zurzeit kriselt es allseits: Die deutsche Wirtschaft erlebt eine ihrer größten Krisen, die Inflation in Deutschland erreicht Höchstwerte. Es fehlt Fachpersonal, Kleinunternehmer gehen pleite. Die Soldaten der Bundeswehr haben nicht mal warme Unterwäsche, es fehlen Ersatzteile, moderne Technik. Doch woran liegt das alles?**

„16 Jahre CDU“ – ein Satz, mit dem man gerne alles Böse der Ära Merkel entschuldigen würde. Doch leider hat die ehemalige Bundeskanzlerin Deutschland zu einer energetischen und wirtschaftlichen Blase gemacht – und nun platzt die. Die Abhängigkeit vom russischen Gas, ein gemeinsames Werk von Gerhard Schröder und Angela Merkel, und der Mangel an Weizen lassen sich in den Portemonnaies der Bürger sehen. Das Schokomüsli, das ich letztes Jahr noch für 2,50 € kaufte, kostet jetzt 4 €. Familien kontrollieren streng ihre Ausgaben und denken zweimal darüber nach, wie stark die Heizung heizen soll: „3, 2 oder 1?“ Die Backstuben sind leer, Blumenhändler können keine attraktiven Preise mehr anbieten. Diese Situation zeigt: Deutschland braucht eine Kehrtwende in seiner Politik. Jetzt!

## **16 Jahre Merkel – meisterhaftes Krisenmanagement, problemhaftes Erbe**

Eine Frau und ein Spruch, um die man leider nicht drum herum kommt: „16 Jahre Merkel, 16 Jahre CDU“. Merkel war Meisterin des Krisenmanagements. Sie meisterte die Finanzkrise, Flüchtlingskrise und zeigte sich während der Corona-Krise entschlossen und handlungsstark. Aber Nord Stream 1 und 2 sind ein schweres und vor allem teures Erbe, das nun dicke Milliarden kostet. Die EU prangt

mit demokratischen Werten und Merkel war auch eine überzeugte Europäerin. Als sie 2005 ihr Amt antrat, war Putin bereits seit sechs Jahren an der Macht und in dieser Zeit passierte bereits viel Böses: der Tschetschenien-Krieg, das Massaker im Dubrowka-Theater, stufenweise Einschränkung der Pressefreiheit, Mord an kritischen Journalisten (Anna Politkowskaja, Übergabe großer, privater Medienhäuser an loyale Oligarchen) u. v. m. Diese Signale haben Merkel nicht davon weggebracht, Nord Stream weiterbauen zu lassen und gegen die EU-Grundsätze zu verstoßen. Die alarmierenden Zeichen wurden nicht ernst genug genommen.

## **Energiepreisdeckel als Kompromiss**

Es ist an der höchsten Zeit, die Schubladen aus dem letzten Jahrhundert zu schließen, situationsgerecht zu denken und neue Positionen zu vertreten – so zum Beispiel einen befristeten Energiepreisdeckel. Denn beispielsweise eine Gaspreisbremse, die nun von Kanzler Scholz bestätigt wurde, garantiert keinen Gasfestpreis. Die Länder fordern aber parteiübergreifend einen Energiepreis-DECKEL, Gas miteinbezogen. Um aber nicht an der Schuldenbremse zu spielen oder eine Übergewinnsteuer einzuführen, wäre der Deckel eine aus liberaler Sicht absolut faire Lösung, der andere, illiberale rot-grüne Vorschläge als Mittel-

ding verhindern könnte. Wie der Staatssekretär des BMWK, Michael Kellner, auf Twitter mitteilte, sind Gaslieferungen aus Belgien, den Niederlanden, Norwegen und Frankreich unser Ausweg für den Winter. Doch dieses Gas ist sehr viel teurer als das russische, deshalb sollte die Regierung JETZT die Preise deckeln, um weitere Preiseskalationen zu verhindern – die sind für die untere Schicht und Kleinunternehmer, wie Bäcker oder Blumenhändler, nicht mehr zu tragen. Die Pleitewelle geht jetzt schon los und bohrt langsam Löcher, die bei einer Verschlimmerung der Lage richtig groß würden.

## **AKWs, Strom, Handel zwischen EU und Russland**

Strompreise explodieren auch: Derzeit gibt es in Deutschland sieben einsatzfähige Kernkraftwerke mit einer Leistung von etwa 77 TWh (Isar 2, Krümmel, Emsland, Neckarwestheim 2, Brokdorf, Grohnde, Gundremmingen C), davon laufen derzeit nur drei und keins auf Hochtouren. Würden alle sieben Stück auf Hochtouren laufen, wären bei einem erwarteten Stromverbrauch von 500–600 (Mittelwert 550) TWh 14 % des Bedarfes gedeckt. Es sind sogar 0,7 % mehr als 2021 (13,3 %), und das bei einem Verbrauchsanstieg im möglichen zweistelligen Prozentualbereich. Außerdem erzeugen die letzten drei KKWs nur noch 6,0 % des deutschen Stroms

# EINE KEHRTWENDE FÜR DEUTSCHLAND

– ein Rekordtief. Sie laufen auch nicht auf Hochtouren und sind weit von ihrer möglichen Leistung entfernt. Eine gute Stütze sind die Erneuerbaren, die dieses Jahr einen imposanten Anteil an der Gesamtproduktion nahmen (48%!) und generell mehr Strom produzierten, nicht nur prozentual. Erneuerbare, die nicht auf das Wetter angewiesen sind (z. B. geothermische Anlagen), sollten massiv gebaut und gefördert werden. Dazu kommt, dass Kohlekraftwerke hochgefahren wurden, um die Lücken zu füllen, die durch die Abschaltung der KKWs und Gasmangel entstanden sind. Und das auf Wunsch und Befehl eines grünen Ministers, Robert Habeck. Da steht nicht mehr das Wohl der Bürger an erster Stelle, sondern ideologistische Politik, die die gesamte Regierung runterzieht. Das nächste große Thema ist der Handel mit Russland. Immer schärfere Sanktionen und Eigeninitiativen der Unternehmen unermöglichen wirtschaftliches Handeln in Russland für ein westliches Unternehmen. Ursula von der Leyen hat neulich das nächste Sanktionspaket angekündigt, dass in Russland arbeitende Spitzenangestellte aus der EU dort nicht mehr arbeiten dürfen, um (Zitat) „Wissen und Erfahrung mit Russland nicht zu teilen“. Die Handelsbeziehung EU-Russland ist kaum noch vorhanden und könnte abgebrochen werden, was der Sargnagel für die russische Wirtschaft wäre. Der Nachteil: Die EU hätte als Wirt-

schaftsunion keine Möglichkeiten mehr, etwas gegen den russischen Angriffskrieg zu machen. Die Verluste, die deutsche Unternehmen durch den Abbruch des Handels einfahren würden, könnten beispielsweise durch faire staatliche Kredite oder Direktzahlungen kompensiert werden. Deutschland sollte sich auch an den Nachbarn und EU-Staaten orientieren, denn die haben gute Lösungen: Frankreich hat mit seiner liberalen Regierung einen Energiepreisdeckel gesetzt.

## Entlasten heißt nicht Geld pumpen

Die aktuellen Entlastungen sind kurzfristig und ab einem gewissen Grad sinnlos. Denn es ist schön, Pauschalen und Zuschüsse zu bekommen, die lösen die Probleme aber nur kurzfristig und auf Kosten der kommenden Generationen. Eine nachhaltige Lösung wäre, endlich die liberalen Grundsätze durchzusetzen und Steuern zu senken, vor allem die Energiesteuer (wenn nicht sogar zeitlich aussetzen)! Nebenbei auch die MwSt. (mindestens) auf Lebensmittel senken, am besten in den einstelligen Bereich fallen lassen. Steuersenkungen sind eine deutlich effizientere Lösung als Kreditaufnahmen und Schulden, die sich über Jahre, gar Jahrzehnte ziehen und häufen werden. Von diesen wird es durch Neuinvestitionen genug geben und die Schuldenbremse wird schon Stand jetzt

dauerhaft schwer einzuhalten sein. Deutschland braucht in allerlei Hinsicht eine finanzpolitische Modernisierung, die Lindner verspricht. Nicht nur für die Dauer der Krise.

Durch dauerhafte Steuersenkungen würden nicht nur die Preise sinken, sondern auch die Nachfrage steigen und die Wirtschaft am Laufen halten – so kommt man grob auf einen Ausgleich in der Staatskasse. Stellen in Fiskalbehörden würden abgebaut werden und weitere Einsparungen entstünden.

Mein Fahrplan aus der Krise wäre also:

- Steuern runter
- die sieben AKWs in vollen Betrieb nehmen
- Handelsembargo gegenüber Russland (zumindest zeitlich)
- sich als Säule der EU an Nachbarn und EU orientieren

**Allgemeine Info:** Dieser Artikel wurde am 28.9.2022 verfasst. Daher können manche Infos durch ihr „Alter“ unaktuell sein, sie ändern sich teils von Stunde zu Stunde.



**Oliwier Slowik (15)**, Schüler einer Gesamtschule. Ich kümmere mich um Social Media unseres Kreisverbandes, Siegen-Wittgenstein, wo ich auch zur Schule gehe, und sehe mich in keiner „spezifisch liberalen“ Schublade, wie beispielsweise neoliberal.



# „SICHERHEIT“

## GRUNDBEDÜRFNIS ODER LUXUS?



Wenn alles gut läuft, glauben viele, dass es so sein muss. Nur wenige achten auf Dinge wie Essen auf dem Tisch und ein Dach über dem Kopf. Der Mensch ist so eingerichtet, dass er immer mehr will, um seine Lebensqualität zu verbessern. So wurde auch Luxus geboren. Allerdings, wenn etwas Unerwartetes kommt und die vergangene Welt zusammenbricht, versteht man, dass das, was man wirklich will, tiefer liegt. Und für viele ist das heute passiert – Sicherheit wurde leider Luxus.

Die Maslow-Pyramide sagt: Nur wenn ein Bedürfnis erfüllt ist, wird das nächste zur Hauptmotivation. Und der Block „Sicherheit“ ist der zweite von oben nach den physiologischen Bedürfnissen. Das bedeutet, dass die Sicherheit nur dann keine Rolle spielt, wenn man, grob gesagt, nicht gegessen hat. Darüber hinaus bedeutet die Ab-

wesenheit von Sicherheit, dass man nie die innere Wachstumsphase erreicht. Und stellen Sie sich vor, welche Folgen es hat, wenn die Bedürfnisse einer großen Gruppe von Menschen gleichzeitig auf einem niedrigeren Niveau gehen... Auch wenn das alles gesagt und beschrieben ist, versteht man es nie völlig, wenn man es nicht spürt. Und beim Spüren geht es nur um die konkrete Situation: je näher zu den Hotspots, desto besser spürt man es. Und das ist genau der Grund, warum in Estland (Nord-Europa) im Gegensatz zu Westeuropa ein bisschen andere Themen sehr relevant wurden.

### 1. Konventionelle Verteidigung a.k.a. Vergangenheit, die zurückkam

In den letzten Monaten konnte man mehr und mehr die Meinung von Bevölkerung und Regierung hören, die Sicherheit durch Verteidigung zu erhalten. Es sah aus wie ein Schritt zurück, wenn man die Gefahr eines konventionellen Krieges nach Jahrzehnten noch einmal in Betracht zieht. Auch die Bunker, die schon lange wegen Nutzlosigkeit verlassen und unbeaufsichtigt waren, erhielten Beachtung – es gab Ideen, wie man ihr Potenzial am besten nutzen und sie wieder „zum Leben“ bringen könnte. Natürlich nicht ohne zusätzliches Budget.

### 2. Digitaler Schild

Estland ist bekannt für seine digitalen Lösungen. Und im digitalen Raum muss sich der Staat nicht weniger verteidigen als im Leben und seinen Bürgern Sicherheit bieten. Zum Glück ist dieser Sektor ziemlich entwickelt und geschützt, z. B. für die regelmäßig im Web durchgeführten Wahlen, und dies wurde kürzlich als erfolgreich bei der Abwehr eines Cyberangriffs bestätigt. Das bedeutet, dass alles nach Plan weiterlaufen kann.

### 3. Balance

Aus verschiedenen Gründen, einschließlich NATO-Mitgliedschaft, kann Estland nicht so besorgt sein. Genau das erlaubt es dem Staat, geplante Aktivitäten fortzusetzen und zu versuchen, dem wirtschaftlichen Wachstum genug Beachtung zu schenken, insbesondere in einem Umfeld mit hoher Inflation. Wie anfangs gesagt, Sicherheit ist wichtig, aber man sollte die obersten Bedürfnisse nicht vergessen. Die sind nicht weniger notwendig zum Wohle des Menschen.

**Makar Navitski** ist Vorstandsmitglied und International Officer bei Kesknööred, Estland. Er schrieb zum ersten Mal einen Artikel auf Deutsch, den wir sprachlich etwas überarbeitet haben.





# DIE KONFLIKTLINIE:

## „WASSERMANGEL“

In der Sahelzone häufen sich die Konflikte. 2012 begannen die Spannungen in Mali, mittlerweile sind auch immer mehr die Nachbarländer Burkina Faso und Niger in die Konflikte einbezogen.

In der Sahelzone sind diverse Aspekte entscheidend für die Vielzahl der auftretenden Attentate und Angriffe durch bewaffnete Gruppen. Das eingreifende Militär wiederum verletzt in seinen Einsätzen immer wieder die Menschenrechtskonvention. Fluchtbewegungen sind entstanden, die Regierungen sind überfordert.

### Aber was bedingt diese Eskalation?

Die vorherrschende soziale Krise spielt eine Rolle. In „Journey to extremism in Africa“, einer Studie der UN, wurde aufgezeigt, dass islamistische und dschihadistische Gruppen insbesondere in Regionen stark sind, in denen Armut, geringe Lebenserwartung und schlechte medizinische Versorgung ebenfalls stark ausgeprägt sind.

Genauso spielen Konflikte um Landflächen eine entscheidende Rolle. In den letzten sechzig Jahren hat sich die Bevölkerungszahl in der Region mehr als vervierfacht. Durch die wenige Schulbildung und die geringe Industrie ist es vielen Menschen nur möglich, im landwirtschaftlichen Sektor zu arbei-

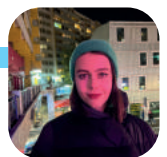
ten, doch die Flächen, auf denen dies möglich ist, haben sich nicht vervierfacht, sondern im Gegenteil verringert. Eine Ursache dafür ist das sogenannte „Landgrabbing“, bei dem ausländische Investoren, meistens durch Korruption in der Politik, Rechte für riesige Landflächen erwerben.

Ein weiterer Grund für den Landmangel ist die zunehmende Umweltkatastrophe. In der Region ist es von 1970 bis 2019 um fast 0,8 Grad heißer geworden, es gibt weniger Regen, was zu immer mehr Desertifikation führt. Die Bevölkerung wächst weiter, die Ernten gehen immer mehr zurück. Die Folgen für die Ernährungssicherheit sind offensichtlich. Die Zahl der Extremwetterereignisse, insbesondere die riesigen Gewittervorkommen, ist seit 1980 stetig stark gestiegen. Regelmäßig entstehen daher Schäden in Millionenhöhe. Schließlich ist auch das Staatsversagen daran beteiligt, dschihadistischen und kriminellen Gruppen Aufwind zu geben. Korruption führt zu Landraub und Vertrauensverlusten in Regierung und Justiz. Die Staatsaufgaben im Infrastrukturbereich werden kaum erfüllt. Auch grundlegende Partizipationsrechte werden nicht gewährt, eine demokratische Teilhabe der Bevölkerung ist nicht gegeben. Oppositionelle haben darüber hinaus mit politischen Repressionen zu kämpfen, das fällt besonders im Niger auf.

### Doch es gibt auch Hoffnung:

Neue Klimaprognosen halten einen Regenanstieg von bis zu 50 % bis 2040 für möglich. Durch den Klimawandel verschieben sich die Klimazonen auf der Erde, was zu einer Verstärkung der Monsunzirkulation führen könnte. Daher ist zumindest ein Ende der Desertifikation in der Sahelzone denkbar. Natürlich werden diese Veränderungen auch großer Anpassungen bedürfen, aber die Bedeutung für die Lebensmittelversorgung der Region sollte über diese Herausforderung hinweghelfen. Wichtig ist nur, dass die neue Vegetation dann denn Menschen vor Ort zugutekommt und nicht durch korrupte Hände nur im Ausland für Wohlstand sorgt.

**Sina Behrend (21)**  
Sozialliberal, Foodie  
und Theatergängerin



## EINE KATASTROPHE MIT ANSAGE

Disclaimer: Dieser Artikel **kann** und **soll nicht** sämtliche Gründe für den Ukraine-Krieg erläutern, auch können nicht alle angesprochenen Punkte detailliert besprochen werden. Mein Ziel ist es, einzelne Aspekte zu betrachten und zu beurteilen, die in der Vergangenheit zu den heutigen Verhältnissen und dem Angriff auf die Ukraine geführt haben **könnten**.

Die Unterzeichnung der Grundakte über gegenseitige Beziehungen, Zusammenarbeit und Sicherheit zwischen der NATO und der Russischen Föderation, oder kurz der NATO-Russland-Grundakte, machte 1997 Hoffnung auf eine gemeinsame Zukunft einstiger eiserner Feinde.

Gorbatschows Politik und deren Zielrichtungen Glasnost (Offenheit/Transparenz) und Perestroika (Umgestaltung) trugen erste Früchte. Abrüstungs- und Kontrollverträge sowie die Auflösung des Warschauer Paktes und der Sowjetunion besiegelten schlussendlich das Ende des Kalten Krieges – und gleichzeitig den Beginn einer neuen Ära. Die deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen erreichten einen neuen Höhepunkt, Deutschland wurde dabei zu Russlands bedeutendstem internationalen Handelspartner, größten ausländischen Investor und dazu zum wertvollsten Vermittler zwischen der Russischen Föderation und der Europäischen Union. Gleichzeitig konnte sich Deutschland, als durchaus rohstoffarmes Land, russischer Unterstützung in den Bereichen der Energie- und Rohstoffgewinnung sicher sein. Dass dieses Abhängigkeitsverhältnis in vielerlei Hinsicht viel zu naiv und kontraproduktiv sein könnte, ahnte man in der Bundesregierung zu dieser Zeit scheinbar nicht. Jedoch war nach wie vor zunächst eine starke Verbesserung festzustellen, selbst in den Beziehungen

der Russischen Föderation und der Vereinigten Staaten schienen sich anfänglich Fortschritte abzuzeichnen. Was also führte uns in den letzten 20 Jahren zu den heutigen Verhältnissen, wie kam es zu einem russischen Angriffskrieg inmitten Europas und was hätte getan werden müssen, um dieses katastrophale Szenario abzuwenden?

### 1. Starker wirtschaftlicher Konkurrenzkampf beider Großmächte und russisches Begehren nach weiteren Rohstoffquellen

Eines muss man sich zunächst vor Augen führen: In einer Welt, in der die Wirtschaftsmacht China nicht so enorm viel an Bedeutung im internationalen Wirtschaftswettbewerb gewonnen hätte, gäbe es keine Großmacht, die den Vereinigten Staaten wirtschaftlich wirklich etwas entgegenzusetzen hätte, mit einer Ausnahme – eine enge wirtschaftliche Partnerschaft zwischen Russland und Deutschland, in deren Zuge westliche (vor allem deutsche) Technologien und deutsche Handelspartnerschaften und Wirtschaftsmacht mit russischen Ressourcen verschmelzen, wäre durchaus gefährdend für die Frontrunner aus den Vereinigten Staaten. Daher legte man im Weißen Haus vermutlich von Beginn an einen Fokus auf die Entwicklung der russischen Handelspartnerschaften und machte es sich offensichtlich zum Ziel, Russlands Wirtschaftsbeziehungen zur EU

bestmöglich zu beschränken und sich im Gegenzug selbst als größter und wichtigster Handelspartner langfristig zu etablieren. Deutlich wurde dies vor allem in den vergangenen Jahrzehnten, in denen die Vereinigten Staaten immer wieder öffentlich gegen die Errichtung der deutsch-russischen Gas-Pipeline „Nord Stream 2“ und für die Beendigung der deutsch-russischen Lieferabkommen einstanden, sogar mit wirtschaftlichen Sanktionen drohten. Im Jahr 2017 verabschiedete der US-Kongress den sogenannten „Countering America’s Adversaries through Sanctions Act“, ein Gesetz zur Zurückdrängung amerikanischer „Gegner“ mit der Hilfe von Sanktionen. Darin fiel bereits der Name „Nord Stream 2“. Zwar muss man fairerweise anmerken, dass diese Sanktionen nach der russischen Annexion der Krim angedroht wurden und somit auch in Teilen durchaus begründet sind, allerdings sollte man sich sicher auch im Klaren sein, dass diese Vorgehensweise vor allem der Ausweitung der eigenen Erdgasexporte und somit einer Vergrößerung des eigenen Absatzmarktes dienen sollte. Auf der anderen Seite haben wir nun die Russische Föderation. Sie entwickelten, wie bereits zu Beginn erwähnt, bereits früh wichtige und äußerst wertvolle Beziehungen zu Deutschland und anderen europäischen Staaten im Bereich der Energie- und Rohstoffversorgung. Man erschuf somit also über die





Timo Weckes (18)

Kreisvorsitzender JuLis Krefeld,

Mitglied der Kommission Freiheit und Ethik (FDP)

Jahre ein doppelseitiges Abhängigkeitsverhältnis, von welchem man aus beider Sicht sichtlich profitierte. Die bereits angesprochene Annexion der Krim war unter anderem getrieben von wirtschaftlichen Motiven. So spricht man in einem heimlich geleakten Strategiepapier, adressiert an den Kreml, z. B. von zusätzlichen demografischen Ressourcen, neuen, qualifizierten Arbeitskräften im Verkehrs- und Industriezweig sowie der Profitierung durch den militärisch-industriellen Sektor der Ostukraine. Außerdem bestünde die Chance, im Weiteren die Macht über die ukrainischen Gasleitungssysteme zu erlangen. Da sich die Ukraine in den vergangenen zwei Jahrzehnten immer näher in Richtung des Westens bewegte, bestand zusätzlich die Gefahr, die Ukraine als Absatzmarkt an diesen Westen zu verlieren sowie die indirekte Kontrolle über das ukrainische Gasleitungssystem abtreten zu müssen, was folglich unter anderem zu einer Schwächung Gazproms geführt hätte und somit einen großen wirtschaftlichen Verlust auf russischer Seite bedeuten würde. In dieser Situation wurden auch die aus dem Abhängigkeitsverhältnis entstandenen Risiken für die russische Wirtschaft ans Licht gebracht. Selbstverständlich waren die wirtschaftlichen Aspekte nicht das einzige Motiv für den Überfall auf die Krim.

Festhalten kann man allerdings Folgendes: Amerikas Vormachtstellung in der Weltwirtschaft und Russlands Abhängigkeit von den eigenen Energie- und Rohstoffexporten bergen jeweils Risiken. Allerdings möchte erwähnt sein, dass nach wie vor kein Umstand einen völkerrechtsbrechen-

den Einfall in einen autonomen Nachbarstaat auch nur ansatzweise rechtfertigt und verurteilt werden muss. Jedoch blieb dem Westen nicht mehr übrig, als einzelne Sanktionen zu verhängen, die der russischen Wirtschaft jedoch nicht in dem Maße schaden, wie es eigentlich hätte der Fall sein müssen.

## **2. Brüchiges Vertrauen und aufgelöste Kontrollverträge**

Die zu Zeiten des Kalten Krieges abgeschlossenen Kontrollverträge waren ein bedeutsamer Faktor in puncto Vertrauensbildung. Jedoch kam es mehrfach zu Auflösungen wichtiger Abkommen zwischen Russland und den USA, darunter der einseitige Austritt Amerikas aus dem 1972 abgeschlossenen ABM-Vertrag, welcher als erster Vertrag eine Begrenzung der Defensivwaffen vorsah. Begründet wurde dieser damals mit der drohenden Gefahr durch weitere Terroranschläge nach dem 11. September 2001. Zwei Jahre zuvor verabschiedeten die USA unter Bill Clinton bereits den „National Missile Defence Act“, mit dem Ziel einer stark verkleinerten nationalen Raketenabwehr, damals begründet durch die Bedrohung der „Schurkenstaaten“ Iran und Nordkorea. Diese Pläne wurden allerdings nach einer Resolution der Vereinten Nationen verworfen. Als Reaktion auf Amerikas Austreten aus dem ABM-Vertrag trat man auf russischer Seite folglich aus dem START-II-Vertrag aus. 2007 folgte die russische Aussetzung des KSE-Vertrags, welche vor allem von osteuropäischen Staaten verurteilt und bedauert wurde. 2019 stiegen die Vereinigten Staaten nach

Vertragsbrüchen Russlands zusätzlich aus dem INF-Vertrag aus und machten so den Weg frei für ein erneutes Wettrüsten im Bereich atomarer Mittelstreckenraketen.

Auf der anderen Seite besteht seit Jahren der russische Vorwurf, die NATO expandiere zu weit nach Osten und gefährde so die Integrität und Sicherheit der Russischen Föderation. Allerdings gibt und gab es nie ein vertraglich festgehaltenes Abkommen diesbezüglich, die Klagen Putins sind dahingehend nicht berechtigt, allerdings in Teilen nachvollziehbar. Jedoch zeichneten sich in den vergangenen Jahren immer wieder Expansions- und Großmachtbestrebungen Putins ab, die all dem sämtlichen Boden entziehen.

Eine Eskalation hat sich in den vergangenen Jahrzehnten also immer wieder unterschwellig angedeutet, einen solchen Angriffskrieg haben jedoch die wenigsten kommen sehen. Der wiederholte Völkerrechtsbruch Putins ist ein Produkt aus Jahrzehnten des Misstrauens, gefördert durch fehlende und unzureichende Kooperationsbestrebungen auf beiden Seiten und einen Autokraten, dem die Wiederherstellung seiner einstigen Sowjetunion so wichtig ist, dass er dafür über Leichen unzähliger unschuldiger Menschen geht.

Der Ukraine-Krieg ist auch Resultat eines aus dem Ruder gelaufenen Machtkampfes, der zunächst beigelegt schien, jedoch durch gegenseitige Ablehnung und übersteigertes Selbstwertgefühl auf beiden Seiten immer wieder extremere Formen annahm. Putin wird Putin bleiben. Frieden wird nur ohne ihn möglich sein.



# CYBER

## EINE (UN-)BEKANNTE GEFAHR?

17,7 Millionen. Das ist nicht nur die Einwohnerzahl Nordrhein-Westfalens, sondern auch die Anzahl der Opfer von Cybercrime in Deutschland im Jahr 2021. Tendenz steigend. Die Angriffsarten sind vielfältig, und nicht nur die Anzahl der Angriffe und Opfer im Bereich der Privatpersonen steigt dramatisch an, auch das Risiko für Unternehmen steigt rapide. So bezeichnet z. B. der Risk Report der Allianz Cybercrime als das größte Risiko für die globale Wirtschaft. Schaut man sich die jüngsten großen Angriffe und deren schadhafte Erfolge an, versteht man zügig, weshalb: Oft reicht ein unachtsamer Klick auf eine Phishing Mail und der Angreifer verursacht Schäden in Höhe von Hunderttausenden, wenn nicht sogar Millionen von Euro.

### Aber geht es immer nur um finanzielle Anreize?

**Nein.** Die Dark Economy zielt nicht nur auf das schnelle Geld, sondern auch auf Daten, Interna und nicht zuletzt die Reputation ihrer Opfer. Moment – Dark Economy? Wirtschaft? Ihr habt richtig gelesen. Bei Angreifenden handelt es sich schon lange nicht mehr um irgendwelche Teenager mit zu viel Langeweile. Wir reden über einen eigenen Wirtschaftszweig, der jährlich Milliarden Geldeinheiten umsetzt. Eine Branche, die so professionell ist wie ihr legales Pendant. Taktisch klug, effizient und tagesaktuell agierend. Wir halten bis hierhin also fest: Privatpersonen und Unternehmen begegnen steigenden Angriffen. So weit so misslich.

### Cybercrime und die nationale Sicherheit

Nicht zuletzt der Krieg in der Ukraine hat es deutlicher gemacht als alles andere zuvor: Auch Staaten setzen auf Cyberattacken als Teil ihrer Angriffsstrategie. Systeme werden lahmgelegt, Krankenhäuser werden attackiert und müssen ihre Notversorgung einstellen, Menschen werden ausgespäht und kritische Infrastruktur wird zerstört. Aber wie sieht es mit der Verteidigung aus? Haben wir in Deutschland eine Strategie zur Vereitelung von und Verteidigung bei Cyberattacken?

Im September 2022 stellt Verteidigungsministerin Christine Lambrecht (SPD) die Idee einer nationalen Sicherheitsstrategie im Auftrag der Bundesregierung vor. Auf der Website des Bundesministeriums für Verteidigung (BMVG) steht hierzu Folgendes: „Mit der Nationalen Sicherheitsstrategie verfolgt die Bundesregierung das Ziel, den Herausforderungen, die gegenwärtig und zukünftig an unsere Sicherheitspolitik nach innen wie nach außen gestellt werden, in einem umfassenden, innovativen und integrierten Ansatz, das heißt ressort- und ebenenübergreifend, zu begegnen.“



# CRIME



Bildnachweis: stock.adobe.com/sarayut\_sy

Reale Kriege werden durch Cyberattacken ergänzt, die globale Wirtschaft durch Angriffe kolossal bedroht – ich würde sagen, das erfüllt die Kriterien einer äußeren „Herausforderung“. Aktuell fällt die Informationsseite des BMVG zu Cyberrisiken und Informationsangriffen jedoch wahnsinnig dürftig aus. Wir erfahren lediglich, dass die Bundeswehr täglich Spam abwehrt. Aha. Hier kann man nur hoffen, dass die mangelnde Informationsdichte etwas mit einer geheimen Verteidigungsstrategie zu tun hat. Wir dürfen hoffen!

**Charline Kappes (28)** leitet ein Vertriebsteam in einem Kölner Scale-up für IT Cybersecurity Awareness.



# 06

# SICHERHEIT & UMWELTSCHUTZ

In immer mehr Ländern müssen Streitkräfte im Fall von Extremwettern im eigenen Land eingreifen, die Klimabewegung radikalisiert sich, die Zahl der bewaffneten Konflikte um Ressourcen steigt.

Die Interdependenz von Sicherheit und Umwelt wurde im öffentlichen politischen Diskurs lange unterschätzt. Wir brauchen neue Mechanismen zum Schutz vor Krisen, müssen das Technische Hilfswerk stärken, um ein handlungsfähiges Militär zu erhalten. Was wir sonst beachten sollten:

Es ist wahrscheinlich, dass sich in den nächsten Jahren der arktische Seeweg so weit entwickelt, dass er dauerhaft eisfrei und damit schiffbar sein wird. Die Arktis und das Nordpolarmeer waren schon im Zweiten Weltkrieg und auch im „Kalten Krieg“ in militärische Aktivitäten einbezogen. Die Möglichkeiten, die hier für Russland entstehen könnten, sind von enormer geostrategischer Bedeutung. Die NATO hat hier einiges zu erwarten. Wir können nur hoffen, dass sie darauf besser vorbereitet sind als auf den Angriffskrieg in der Ukraine.

Die Radikalisierung der Klimabewegung wird mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht mal im Ansatz die Gefährlichkeit einer russischen Militärexpansion in der Arktis mit sich bringen. Dennoch sollten wir uns gesellschaftlich auch mit der Möglichkeit dieser Entwicklung auseinandersetzen. Gruppen, die heute auf der Straße oder an berühmten Gemälden kleben, Wälder besetzen und Hausfriedensbruch begehen, sind weit weg von terroristischen An-



# 07

schlagen. In einem Strategic Foresight Paper des European Union Institute for Security Studies ist allerdings ein mögliches Konfliktszenario für 2030 entwickelt worden, bei dem einzelne klimaaktivistische Gruppen sich zu einer Art neuen Roten Armee Fraktion mit Entführungen und Angriffen entwickelt haben.

Die durch Ressourcenknappheit möglichen Konflikte sind in dem Artikel zur Sahelzone exemplarisch dargestellt. Bei Weitem bleibt die Sahelzone nicht der einzige von Ressourcenkonflikten betroffene Landstrich. Viele Menschen werden in ihrer Heimat gar nicht mehr oder nur unter sehr widrigen Umständen leben können, wenn sich die Welt weiter so entwickelt, wie es im Moment scheint.

Lasst uns junge Liberale dafür streiten, dass noch mehr Geld in Forschung investiert wird und wir technologieoffen in die Zukunft blicken, damit wir mit Fortschritt die kommenden Folgen des Klimawandels abmildern oder sogar verhindern können.

**Sina Behrend (21)**  
Sozialliberal, Foodie  
und Theatergängerin



## IMPRESSUM

### **Chefredaktion/V.I.S.D.P.**

Chefredaktion Sina Behrend,  
sina.behrend@julis.de und  
Torben Hundsdoerfer,  
torbenhundsdoerfer@julis.de

### **Redaktion:**

Torben Hundsdoerfer, Anna Neumann,  
Tim Schütz, Daria Jablonowska, Sina  
Behrend

### **Herausgeber und Verlag**

Junge Liberale Landesverband NRW  
e.V., Sternstraße 44, 40479 Düsseldorf,  
Telefon (0211) 4925185,  
julimagazin@julis-nrw.de

### **Fotos**

Adobe Stock

### **Gestaltung**

BTW MARKETING,  
www.btw-marketing.com

### **Lektorat**

Angelika Lenz,  
www.angelika-lenz.de

### **Druck**

frames GmbH, Essen  
Das JULIMAGAZIN ist die Zeitschrift  
des Landesverbandes NRW der Jungen  
Liberalen. Es erscheint fünfmal  
jährlich. Für Mitglieder der Jungen  
Liberalen ist der Bezugspreis mit dem  
Mitgliedsbeitrag abgegolten. Die im  
JULIMAGAZIN abgedruckten Beiträge  
und Artikel geben alleine die Meinung  
des jeweiligen Verfassers und nicht  
unbedingt die der Redaktion oder der  
Herausgeber wieder.

# Europa? Lieben wir!

## Du auch?

### Dann bewirb dich für ein Praktikum in meinem Brüsseler Büro!



Für mein Abgeordnetenbüro im Europäischen Parlament suche ich laufend Praktikanten (m/w/d) für einen Zeitraum von drei Monaten.



Ein spannender und abwechslungsreicher Arbeitsalltag wartet auf Dich:

- ★ Eigenverantwortliche inhaltliche Betreuung eines den Interessen des Praktikanten entsprechenden politischen Projekts
- ★ Social-Media Unterstützung
- ★ Begleitung in Meetings und Ausschusssitzungen
- ★ Teilnahme an Konferenzen
- ★ Erstellung von Entwürfen für die Beantwortung von Bürgeranfragen
- ★ Betreuung von Besuchergruppen
- ★ Unterstützung der administrativen und inhaltlichen Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

**Bei Interesse an einer Mitarbeit schick uns  
Deinen Lebenslauf und Motivationsschreiben  
per Email an [moritz.koerner@europarl.europa.eu](mailto:moritz.koerner@europarl.europa.eu).**

Weitere Informationen zu meiner Arbeit  
findest Du unter [www.moritz-koerner.de](http://www.moritz-koerner.de).

 @moritz\_koerner  
 @moritzkoerner

 "Europa, wir müssen reden!"  
 @moritzkoernerfdp

renew  
europe.



**Moritz Körner**  
Mitglied des Europäischen Parlaments